



Freitag, 02. September 2022, 15:00 Uhr  
~3 Minuten Lesezeit

# Die Impfzwang- Entschädigung

Beschäftigte im Gesundheitswesen, die dem Impfstoffmandat unterworfen sind, erhalten große Entschädigungssummen.

von Manovas Weltredaktion  
Foto: ER\_09/Shutterstock.com

*In den USA soll eine Gruppe von fast 500 Beschäftigten des Gesundheitswesens im Rahmen eines erstmaligen Rechtsvergleichs gegen das COVID-19-Impfmandat ihres Krankenhauses eine Auszahlung von 10 Millionen Dollar erhalten. Die Koalition der Beschäftigten des NorthShore University HealthSystem in Illinois reichte ihre Klage im Oktober 2021 ein und behauptete, die Gesundheitseinrichtung weigere sich rechtswidrig, religiöse Ausnahmen von der Impfpflicht zu gewähren. Die am 29. Juli 2022 vom nördlichen Bezirksgericht des*

*Bundesstaates getroffene Vergleichsvereinbarung bedeutet, dass 473 derzeitige und ehemalige Beschäftigte des Gesundheitswesens bald eine Entschädigung erhalten werden.*

**von Kaelan Deese, Reporter des Obersten Gerichtshofs**

Liberty Counsel, die Rechtsgruppe, die 13 Kläger vertritt, sagte, der Vergleich solle „Arbeitgebern im ganzen Land als deutliche Warnung dienen, dass sie sich nicht weigern können, Menschen mit ernsthaften religiösen Einwänden gegen Zwangsimpfungen entgegenzukommen“, heißt es in einer Erklärung von Horatio Mihet, Vizepräsident für Rechtsangelegenheiten bei der Gruppe.

## **Covid-19-Impfpflicht verursacht Krise in der Nationalgarde**

Jeder, der seinen Arbeitsplatz verloren hat, weil er nicht in der Lage war, das Mandat zu erfüllen, hat Anspruch auf 25.000 Dollar, und jeder der 13, an der Klage beteiligten Kläger hat Anspruch auf weitere 20.000 Dollar, sodass sie insgesamt 45.000 Dollar erhalten würden, sagte Mat Staver, Gründer und Vorsitzender von Liberty Counsel.

Arbeitnehmer, die den Impfstoff trotz religiöser Einwände erhalten haben, hätten Anspruch auf eine Entschädigung von etwa 3.000 Dollar. Die endgültige Auszahlung wird davon abhängen, wie viele Arbeitnehmer das Geld beantragen. Darüber hinaus haben alle Personen, die entlassen wurden, weil sie sich aufgrund ihrer

religiösen Überzeugungen nicht haben impfen lassen, Anspruch auf eine Wiedereinstellung durch das Gesundheitssystem. Die Vereinbarung sieht außerdem 2 Millionen Dollar für Anwaltskosten vor.

US-Bezirksrichter John Kness, ein Beauftragter des ehemaligen Präsidenten Donald Trump, der den Vorsitz in dem Fall innehatte, wurde gebeten, den vorgeschlagenen Vergleich zu genehmigen. Der Richter schien sich auf die Seite der Behauptungen der Rechtsgruppe zu stellen, dass die Gesundheitsverwaltung gegen Titel VII des Bürgerrechtsgesetzes verstoßen hat, als sie religiöse Argumente negierte.

Staver deutete in einem Interview mit dem *Washington Examiner* an, dass die Rechtsstreitigkeiten seiner Rechtsgruppe über Angestellte, denen die Befreiung von der Impfpflicht in der Privatwirtschaft verweigert wurde, noch lange nicht zu Ende sind: „Wir haben mit Tausenden von Angestellten im ganzen Land gearbeitet“, darunter auch in der Luftfahrtindustrie und anderen Bereichen des Gesundheitswesens sowie bei privaten Arbeitgebern. Viele von ihnen sind mit dem gleichen „Impf-oder-Job“-Mandat konfrontiert, um das es in NorthShore geht“, sagte Staver.

„Dieser Fall sollte eine Warnung für Arbeitgeber sein, die gegen Titel VII verstoßen haben. Es ist besonders wichtig und erfreulich, dass dieser erste klassenweite Covid-Vergleich die Beschäftigten im Gesundheitswesen schützt“, fügte Staver hinzu.

Patrick Wood, Herausgeber von *Technocracy News and Trends*, kommentierte:

„Es ist nicht gerade ein Glücksfall für die Kläger, aber es eröffnet die Jagdsaison für alle Organisationen, die Angestellte oder Studenten dazu gezwungen haben, experimentelle mRNA-Injektionen hinzunehmen. Sobald Anwälte das Geld riechen, wird es einen

Tsunami von Klagen geben, um autoritäre Täter zu brechen.“

---

**Redaktionelle Anmerkung:** Dieser Text erschien zuerst unter dem Titel „Healthcare workers subjected to vaccine mandate will get \$10M in legal settlement

(<https://www.washingtonexaminer.com/restoring-america/fairness-justice/healthcare-workers-subjected-to-vaccine-mandate-will-get-10m-in-legal-settlement>)“ bei

**Washington Examiner**. Er wurde vom ehrenamtlichen **Rubikon-Übersetzungsteam** (<https://www.rubikon.news/kontakt>) übersetzt und vom ehrenamtlichen **Rubikon-Korrektoratsteam** (<https://www.rubikon.news/kontakt>) lektoriert.

Dieser Artikel erschien bereits auf [www.rubikon.news](http://www.rubikon.news).

---



Es bringt wenig, nur im eigenen, wenn auch exquisiten Saft zu schmoren. Deshalb sammelt und veröffentlicht **Manovas Weltredaktion** regelmäßig Stimmen aus aller Welt. Wie denken kritische Zeitgenossen in anderen Ländern und Kulturkreisen über geopolitische Ereignisse? Welche Ideen haben sie zur Lösung globaler Probleme? Welche Entwicklungen beobachten sie, die uns in Europa vielleicht auch bald bevorstehen? Der Blick über den Tellerrand ist dabei auch ermutigend, macht er doch deutlich: Wir sind viele, nicht allein!

Dieses Werk ist unter einer **Creative Commons-Lizenz** ([Namensnennung -](#)

**Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International**

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>) lizenziert.

Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und vervielfältigen.